



Renate Geuter
Mitglied im
Niedersächsischen Landtag

Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis

Ausgabe 3 - Mai 2013

Inhalt:

Siechtum von Hunte und Küstenkanal - Appell an Ramsauer 2

Meine Tätigkeiten im Landtag 2

Besuch beim Wasserwerk Großenkneten und Biohof Bakenhus 3

Renate Geuter begrüßt Zulassung neuer Ganztagschulen: Mehr Chancengleichheit 4

Änderungen im Schulgesetz ... 4

SPD und Grüne präzisieren Konzept zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule und zur Zukunft der Förderschulen 5

Heute schon gelacht? 5

Wie geht`s weiter mit der Dorf-erneuerung? 6

Werkverträge im Fokus von Arbeits- und Wirtschaftsminister Olaf Lies: „Nicht bloß Arbeit, sondern ‚Gute Arbeit‘ schaffen!“ 7

Greift Verbringungsverordnung der alten Landesregierung? 8

Kritik der Agrarverbände am Filterpflicht-Erlass überzogen 8

Rede im Landtag: Steuer-gerechtigkeit herstellen - Steuer-oasen trocken legen 9

Petitionswesen wird moderni-siert 10

Impressum

ViSdP:
Renate Geuter, MdL
Moorstr. 7
26169 Friesoythe
Telefon: 04491 4664
Email:
kontakt@renate-geuter.de

*Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,*

heute erreicht euch/Sie der zweite Newsletter in dieser Wahlperiode, mit dem ich euch/Sie gern wieder über die aktuellen politischen Themen in meinem Wahlkreis und in Hannover informieren möchte.

Ich freue mich, wenn ihr/Sie mich bei meiner Arbeit als Landtags-abgeordnete in diesen Wahlkreis unterstützen und mich insbeson-dere auf Themen aufmerksam machen, die nicht unbedingt in den Schlagzeilen zu finden sind, die aber ihre Berechtigung haben.

Weitere Informationen über meine politische Arbeit findet ihr/finden Sie auch auf meiner Internetseite www.renate-geuter.de

*Herzliche Grüße
Eure/Ihre*

Renate Geuter



Herzlichen Glückwunsch Thorsten Schmidtke!

Großenkneten.
Wenige Minuten nachdem am 07. April die Stimmen ausgezählt waren und fest stand, dass Thorsten Schmidtke zum neuen Bürger-meister der Gemein-de Großenkneten mit 64 Prozent gewählt worden war, gratulierte die zuständige Landtagsabgeordnete Renate Geuter dem 48-jährigen SPD-Politiker.



Siechtum von Hunte und Küstenkanal - Appell an Ramsauer

Der Küstenkanal und die Hunte fallen aus dem Transeuropäischen Verkehrsnetz, wenn Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, CSU, sein Veto gegen einen Beschluss des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments nicht bis Ende April/Anfang Mai zurücknimmt. Davor haben mehrere Abgeordnete dieser Region, unter ihnen Renate Geuter, im Gespräch mit Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies gewarnt.



Die Situation ist paradox: Die EU will die genannten Wasserstraßen in das Transeuropäische Verkehrsnetz aufnehmen, doch der deutsche Verkehrsminister verhindert dies mit seinem bereits eingelegten Veto.

Um Ramsauer zum Umdenken zu bewegen, trafen sich am Küstenkanal bei Friesoythe der Europaabgeordnete und Umweltausschussvorsitzender Matthias Groote, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion Renate Geuter, die **Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie und Klimaschutz** Sigrid Rakow und Landtagsabgeordneter Axel Brammer, die Bundestagsabgeordnete Gabriele Groneberg und die Bundestagskandidaten Dennis Rohde und Markus Paschke zu einem Lokaltermin mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies, alle SPD. Nach einer Besichtigung erklärten die SPD-Politiker:

„Das Nein von Verkehrsminister Ramsauer widerspricht jeglicher volkswirtschaftlicher Vernunft. Es

Fordern die Aufnahme des Küstenkanals in die Transeuropäischen Netze: v.l. Minister Olaf Lies, MdL Sigrid Rakow, Bundestagskandidat Markus Paschke, MdB Gabriele Groneberg, Bundestagskandidat Dennis Rohde, MdL Axel Brammer, MdEP Matthias Groote und MdL Renate Geuter.

bedeutet auf Sicht das Siechtum für diese Wasserstraßen. Denn die EU fördert den Ausbau von Flüssen und Kanälen nur, wenn diese im Transeuropäischen Verkehrsnetz aufgeführt werden. Dieses soll in seinem Kern bis 2030 und insgesamt bis 2050 ausgebaut werden. Die Kernnetzprojekte in den einzelnen Ländern sollen von der EU mitfinanziert werden.

Ramsauers Nein koppelt zum Beispiel die Großstadt Oldenburg von einem leistungsfähigen Wasserstraßennetz ab. Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, dass die EU deutsche Wasserstraßen fördern will, der zuständige Bundesminister dies jedoch ablehnt. Wir SPD-Abgeordnete fordern ihn auf, sich zu besinnen und sein Veto in Brüssel sofort zurückzuziehen, bevor es unwiederbringlich zu spät ist.“

Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Besuch beim Wasserwerk Großenkneten und Biohof Bakenhus

Großenkneten. Das Wasserwerk Großenkneten und den Biohof Bakenhus des Oldenburg-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV) besuchte der Europaabgeordnete Matthias Grootte und die SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer sowie einige Lokalpolitiker, unter ihnen Thorsten Schmidkte, zu dem Zeitpunkt noch Bürgermeisterkandidat, seit dem 15. April vereidigter Bürgermeister der Gemeinde Großenkneten.

OOWV-Geschäftsführer Peter Kaufmann machte im Wasserwerk den Gästen deutlich, dass es „ohne gutes Grundwasser kein gutes Trinkwasser gibt“. Deshalb sei der Grundwasserschutz, den der OOWV in Kooperation mit Landwirten betreibe, so wichtig. In Großenkneten werden im Jahr aus 55 Förderbrunnen 14,5 Millionen Kubikmeter Grundwasser gewonnen und zu Trinkwasser aufbereitet.

OOWV-Verbandsvorsteher Frank Eger wies darauf hin, dass die Zeiten, in denen Grundwasser unendlich vorhanden war, vorbei sind. Grootte findet deshalb Pläne in Frankreich und auch im Bundeswirt-

schaftsministerium „skandalös“, in Zukunft einen Handel mit Wasserrechten betreiben zu wollen. Wasser sei ein ererbtes Gut und kein Handelsgut. Auf dem Biohof Bakenhus machte Dr. Hans große Beilage, Mitarbeiter im OOWV-Bereich Gewässerbewirtschaftung, deutlich, dass der 130-Hektar-Hof „keine große Spielwiese ist. Hier wird durch den Pächter aktive Landwirtschaft betrieben“. Ein Unterschied zu herkömmlichen Betrieben sei allenfalls, dass man auf dem Biohof keinen Düngerstreuer und keine Pflanzenschutzspritze finden werde. Der Hof unterliege der Kreislaufwirtschaft, Gülle und Mist werden auf eigenen Flächen ausgebracht.

Gastgeber und Gäste waren sich einig, dass die Entwicklung von Kauf- und Pachtpreisen für landwirtschaftliche Flächen gestoppt werden muss. Auch mit Blick auf die Privatisierungspläne der EU-Kommission für die Trinkwasserversorgung stellte der Europaabgeordnete fest, „dass uns das Thema Wasser in den nächsten Jahren noch sehr fordern wird“.



In der Pumpenhalle des Wasserwerkes: Europaabgeordneter Matthias Grootte (4.v.l.) und die Landtagsabgeordneten Renate Geuter (2.v.l.) und Axel Brammer (rechts). Die notwendigen Erklärungen gab es von OOWV-Geschäftsführer Peter Kaufmann (2.v.r.) und OOWV-Vorsteher Frank Eger (3.v.r.).

Renate Geuter begrüßt Zulassung neuer Ganztagschulen: Mehr Chancengleichheit

Landkreis Cloppenburg. Renate Geuter hat die Genehmigung von zwei neuen Ganztagschulen im Landkreis Cloppenburg durch die Niedersächsische Landesregierung begrüßt: „Der Ausbau des Ganztagsangebotes erweitert die pädagogischen Möglichkeiten der Schulen, sorgt für mehr Chancengleichheit und hilft, Familie und Beruf in Einklang zu bringen“, sagte Renate Geuter.

Im Landkreis Cloppenburg werden folgende Schulen zum nächsten Schuljahr ein Ganztagsangebot anbieten: Litje Skoude Skäddel Grundschule in Saterland und die Astrid-Lindgren-Schule in Lastrup. „Die neuen Ganztagschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Schulstruktur im Landkreis Cloppenburg und stärken die Region“, so Renate Geuter.

Renate Geuter begrüßt zudem ausdrücklich die Ankündigung von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt, wonach alle öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen mittel- und langfristig zu teilgebundenen bzw. gebundenen Ganztagschulen nach einem Prioritäten- und Stufenplan ausgebaut werden sollen. „Dass die Gesamtschulen als erste Schulform mehr Lehrerstunden für den Ganztag zugewiesen bekommen, halte ich aufgrund ihres pädagogischen Konzepts für richtig und wichtig“, so Renate Geuter. „Unter der CDU/FDP-Vorgängerregierung waren die IGSen gerade auch bei der Ganztagsausstattung eklatant schlechter gestellt worden als schwarz-gelbe Prestigeprojekte der Oberschule. Es ist höchste Zeit, dass die IGSen hier aufholen können.“

Änderungen im Schulgesetz

Hannover. Über den von den Regierungsfractionen eingebrachten Antrag zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes wurde viel geschrieben und geredet. Damit ihr/Sie euch/sich selber ein Bild machen können, was genau im Schulgesetz ab dem 01. August 2013 geändert werden soll, lest/lesen ihr/Sie bitte hier den Antrag im Wortlaut http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/imperia/md/content/ltf/unserearbeit/rede_n/drucksachen17wp/17-0076.pdf

Bei Fragen stehe ich gern zur Verfügung.



Bild: Gerd Altmann / pixelio.de



<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/ueberuns/abgeordnete-der-spd-fraktion/>

SPD und Grüne präzisieren Konzept zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule und zur Zukunft der Förderschulen

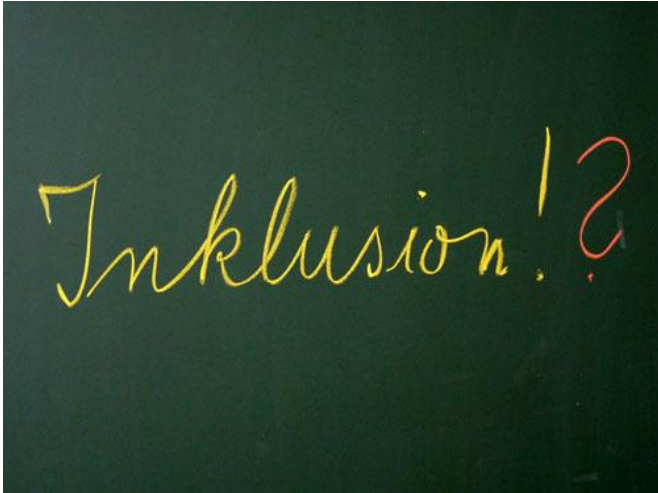


Bild: Dieter Schütz / pixelio.de

Hannover. Nach intensivem Austausch haben SPD und Grüne ihre Zielvorgaben aus dem Koalitionsvertrag zur Weiterentwicklung der Inklusion und zur Zukunft der Förderschulen präzisiert.

„Die Weiterentwicklung der inklusiven Schule ist ein Kernanliegen der rot-grünen Schulpolitik. Unser Ziel ist, dass die Inklusion in allen Schulen verwirklicht wird. Dabei stehen für uns das Kindeswohl und das Recht auf Teilhabe im Mittelpunkt unserer Überlegungen“, erklärten Claus-Peter Poppe, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Ina Korter, schulpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. „Wir wollen die Schullandschaft und den Unterricht so weiterentwickeln, dass das gemeinsame Lernen und die Förderung der Schülerinnen und Schüler mit und ohne besonderen Unterstützungsbedarf gelingt.“

Poppe und Korter legten folgendes Konzept zur Zukunft der Förderschulen vor:

1. Die Förderschulen mit den Förderschwerpunkten „Geistige Entwicklung“, „Körperliche und Motorische Entwicklung“, „Hören und Sehen“ können als Alternative zur inklusiven sonderpädagogischen Förderung weitergeführt werden. Der Elternwille entscheidet, wo das Kind unterrichtet und erzogen werden soll.

2. In den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ werden ab dem Schuljahr 2014/2015 aufsteigend mit dem 5. Schuljahr keine Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen.
3. Bei den Förderschulen und Förderklassen „Sprache“ erfolgt ab dem Schuljahr 2014/2015 aufsteigend mit dem 1. und 5. Schuljahrgang keine Aufnahme mehr.
4. Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und Soziale Entwicklung“ sollen in den allgemeinen Schulen beschult werden. Die bestehenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und Soziale Entwicklung“ können grundsätzlich als Durchgangsschulen weitergeführt werden, um in besonderen Fördererfordernissen die allgemeinen Schulen zu entlasten und zu unterstützen. Gemeinsam mit den Förderschulen sollen Konzepte entwickelt werden, wie die Rückführung von Schülerinnen und Schülern an die allgemeinen Schulen schneller und besser gelingen kann. Dazu soll die Förderung auf der Grundlage eines individuellen Förderkonzepts in der Regel befristet durchgeführt, sollen Kooperationsmöglichkeiten ausgebaut und die Lehrkräfte der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und Soziale Entwicklung“ mit ihren Kenntnissen verstärkt für mobile Dienste eingesetzt werden.

Die Bedingungen für die Kooperation von öffentlichen Schulen mit den Schulen in freier Trägerschaft sollen optimiert werden.

Poppe und Korter kündigten an, in einem intensiven Dialog mit allen Beteiligten die Umsetzung dieses Konzeptes zu begleiten.

Heute schon gelacht?

Landwirtschaftliche Prüfung:

„Was machen Sie mit einer Kuh, die schwindstüchtig ist?“

„Notschlachten.“

„Wenn die Kuh schwarz-gelb ist?“

„Die hält durch bis 2013.“

Wie geht`s weiter mit der Dorferneuerung?

Renate Geuter und Claus-Peter Poppe fragen die Landesregierung

Maßnahmen der Dorferneuerung haben zum Ziel, zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum beizutragen. Sie sind seit Jahren wichtige Instrumente der integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE) und werden aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sowie den EU-Mitteln des ELER-Fonds über das niedersächsische Profil Programm finanziert.

Die Bundesregierung hat seit 2011 den Mittelfonds der GAK insgesamt gekürzt, diese Kürzung des Bundes bedeutet für den niedersächsischen Landeshaushalt eine jährliche Mindereinnahme von 14 Millionen Euro. Im Jahre 2011 wurden auch die zur Kofinanzierung bereitgestellten Landesmittel entsprechend um 9 Millionen Euro gekürzt. Die wegfallenden Mittel fehlen überwiegend im Bereich der Dorferneuerung, die für 2012 und 2013 befristet bereitgestellten Mittel von jährlich 7 Millionen Euro haben diese Kürzungen nur zu einem Teil ausgleichen können.

Auch in den Jahren ab 2011 sind noch weitere Dörfer in das Förderprogramm der Dorferneuerung aufgenommen worden und haben damit den Finanzierungsbedarf insgesamt noch erhöht. Die derzeitige Förderperiode der europäischen Union läuft bekanntlich aus, so dass in diesem Jahr nur noch ein Restkontingent an Mitteln zur Verfügung steht. Wegen dieses begrenzten Mittelkontingents werden zur Zeit die Maßnahmen prioritär finanziert, die schon länger beantragt, aber bisher noch nicht umgesetzt werden konnten. Gerade die Antragsteller, die in den letzten beiden Jahren in das Programm aufgenommen wurden, ihre Vorplanungen abgeschlossen haben und jetzt mit der Umsetzung beginnen möchten, müssen daher häufig auf die nächste Förderperiode verwiesen werden.



Bild: Dagmar Flehmig / pixelio.de

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

Wie hoch sind die noch für 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Maßnahmen der Dorferneuerung und in welchem Umfang sind diese bereits durch eingegangene Verpflichtungen belegt.

Wie viele beantragte Vorhaben mit welchem Gesamtvolumen im Bereich der Dorferneuerung müssen zurückgestellt werden bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Mittel der neuen Förderperiode zur Verfügung stehen?

Wie viele Dörfer sind in den Jahren 2011 und 2012 noch in das Programm zur Dorferneuerung aufgenommen worden und welches Finanzvolumen wird für die Umsetzung der Planungen dieser Dörfer benötigt?

Die Antwort der Landesregierung findet/finden ihr/Sie hier: <http://www.renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/antworten2013/antwort-dorferneuerung.pdf>



<http://www.facebook.com/renate.geuter>



<http://www.stephanweil.de>

Werkverträge im Fokus von Arbeits- und Wirtschaftsminister Olaf Lies: „Nicht bloß Arbeit, sondern ‚Gute Arbeit‘ schaffen!“

Hannover. Das Landeskabinett hat die Mitantragstellung des Landes Niedersachsen für die Bundesratsentschließung „Gute Arbeit - Zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik gestalten“ beschlossen. Olaf Lies, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, wird in der Sitzung am 3. Mai den Entschließungsantrag mehrerer Bundesländer in den Bundesrat einbringen. Laut Antrag werden Bundestag und Bundesregierung aufgefordert „umfassende gesetzliche Veränderungen“ zu initiieren und umzusetzen. Folgende 10 Punkte werden in dem Antrag genannt:

1. Die Sicherung auskömmlicher Löhne, insbesondere durch Einführung eines flächendeckenden allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro brutto in Deutschland durch Umsetzung des Bundesratsbeschlusses vom 1. März 2013.
2. Die Sicherstellung des equal-pay-Grundsatzes in der Leiharbeit („Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“) spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit sowie Rückführung der Leiharbeit auf ihre eigentliche Kernfunktion: der Abdeckung von Auftragspitzen und Vertretungsfällen.
3. Die Verhinderung der Umgehung von Arbeitnehmerschutzrechten durch (Schein-) Werkverträge.
4. Die Beseitigung von Fehlanreizen und bessere Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte im Bereich der Minijobs.
5. Die Unterbindung des Missbrauchs von Praktikantenverträgen.
6. Die Senkung des Anteils der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an allen Beschäftigungsverhältnissen insbesondere durch weitgehende Abschaffung der sachgrundlosen Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz.
7. Die Möglichkeit der Befristung von familienbedingter Teilzeitbeschäftigung mit erleichtertem Rückkehranspruch auf Vollzeit bzw. die ursprüngliche Arbeitszeit.
8. Die Herstellung von Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen.

9. Die Wiedereinführung der Regelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld.
10. Die Schaffung einer Rechtsverordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit.



Minister Olaf Lies

Minister Olaf Lies: „Der Wert der Arbeit muss wieder angemessen berücksichtigt werden. Es geht nicht allein darum, Menschen in Beschäftigung zu bringen, sondern auch um die Qualität der Beschäftigung. Fehlentwicklungen, wie dem sich ausbreitenden Niedriglohnsektor und der Zunahme prekärer Beschäftigung, muss entgegengesteuert werden“. Lies hob zudem den Punkt 3 (Scheinwerkverträge) aus dem Entschließungsantrag hervor: „Wir beobachten mit großer Sorge, dass einige Unternehmen aus der fleischverarbeitenden Industrie besonders in Niedersachsen mit Hilfe von Subunternehmen die Rechtskonstruktion des Werkvertrages ausnutzen, um ausländische Arbeiter mit Dumpinglöhnen abzuspeisen. Es hat sich eine Form des Missbrauchs entwickelt, die an moderne Sklavenarbeit erinnert, die Betrugsabsichten und damit kriminelle Energie vermuten lässt. Ich fordere den Bundesgesetzgeber auf, Leiharbeit und Werkverträge rechtlich sauber voneinander zu trennen“.



http://www.spd.de/95466/regierungsprogramm_2013_2017.html

Greift Verbringungs- verordnung der alten Landes- regierung?

Oldenburger Land. Erstmals in Niedersachsen mussten zum 31. Januar 2013 alle landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe sowie Betreiber von Biogasanlagen an die Landwirtschaftskammer melden, wenn sie mehr als 200 Tonnen Wirtschaftsdünger abgeben. Diese Meldepflicht gilt auch für Gärsubstrate und Reste aus Biogasanlagen, selbst dann, wenn keine Gülle oder Mist vergoren wird. Hintergrund ist die Niedersächsische Verordnung für Wirtschaftsdünger (Verbringungsverordnung). Bei der Einführung der bundesrechtlichen Verbringungsverordnung im Jahre 2010 stellte sich heraus, dass mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung nur ein Bruchteil der Betriebe ihrer Meldepflicht nachgekommen sind. Die frühere Niedersächsische Landesregierung ist davon ausgegangen, dass die Niedersächsische „Verbringungsverordnung“ derartige Umgehungsmöglichkeiten ausschließt und daher besser geeignet ist, mehr Transparenz über die bedarfsgerechte Düngung herzustellen.

Die hiesige SPD Landtagsabgeordnete Renate Geuter fragte die neue Landesregierung, wie viele Betriebe in Niedersachsen sich an dem ersten Meldedurchgang zum 31.01.2013 beteiligt haben, welchem Anteil an der Gesamtzahl der meldepflichtigen Betriebe dies entspricht, welche Erkenntnisse über den Umfang des in Niedersachsen abgegebenen Wirtschaftsdüngers der Landesregierung nach dem ersten Meldedurchgang vorliegen und ob die Landesregierung eventuell Verbesserungsbedarf für dieses Verfahren sieht und, wenn ja, welchen?

„Vor dem Hintergrund, dass der OOWV hohe Nitratbelastungen im Grundwasser beklagt, muss sichergestellt werden, dass wir möglichst lückenlos über die Menge des Wirtschaftsdünger Informationen erhalten und dazu gehört zwingend die Einhaltung der Meldepflicht. Ob bei der Verbringungsverordnung nachjustiert werden muss, hängt von den Ergebnissen der Anfrage ab“, erläutert Renate Geuter.

Die Antwort zur Anfrage findet/finden ihr/Sie hier <http://www.renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/antworten2013/antwort-verbringungsverordnung.pdf>

Kritik der Agrarverbände am Filterpflicht-Erlass überzogen

Hannover. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Renate Geuter hat die Kritik des Landvolks und der Interessengemeinschaft der Schweinehalter (ISN) am Filterpflicht-Erlass der Landesregierung zurückgewiesen. „Das die Argumente der Landwirtschaft nicht gehört worden sind, ist schlicht falsch“, erklärte Geuter. Der von Landwirtschaftsminister Meyer vorgestellte Erlass basiere auf Vorarbeiten aus der vorangegangenen Wahlperiode. „Ein in weiten Teilen identischer Erlass war im Jahr 2012 vom Landwirtschaftsministerium erarbeitet und im Sommer jenes Jahres in die Verbandsanhörung gegeben worden. Alle Verbände hatten Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.“

Es kann also nicht die Rede davon sein, die Argumente der Landwirtschaft seien nicht gehört worden“, erklärte Geuter. Die aktuell geäußerte Kritik am Filterpflicht-Erlass sei „überzogen“ und erinnere sie an „gespielte Empörung“.

Geuter lobte Landwirtschaftsminister Christian Meyer für seine Entschlussfreude, den sinnvollen und notwendigen Erlass zur Luftreinhaltung nun in die Tat umgesetzt zu haben. „Sein Amtsvorgänger Gert Lindemann musste sich noch dem Druck der Agrarlobby und aus seiner eigenen Partei beugen. Christian Meyer zeigt in dieser Frage Rückgrat. Dafür gebührt im Anerkennung“, so Geuter.



Steuergerechtigkeit herstellen - Steueroasen trocken legen

Rede von Renate Geuter im Rahmen der aktuellen Stunde im Landtag am 17. April

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Veröffentlichung der Datensätze mit der Bezeichnung „Offshore-Leaks“ hat deutlich gezeigt, dass weltweit Menschen - darunter auch einige hundert Deutsche - ihr Geld in die Schweiz, nach Liechtenstein, aber auch in Steueroasen jenseits der Ozeane in Sicherheit gebracht haben. Dabei haben auch deutsche Banken sicherlich nicht nur eine Statistenrolle gespielt. Millionen Euro an Steuereinnahmen sind auf diese Weise den Heimatländern entzogen worden. Dabei handelt es sich nicht nur um reiche Steuerflüchtlinge, sondern auch um Kriminelle, die

Briefkastenfirmen und sogenannte Trusts genutzt haben, um große Vermögen zu verstecken und zweifelhafte Geschäfte zu verschleiern. Es ist gut, dass jetzt ein wenig Licht in die Schattengeschäfte von Steuerbetrügern und deren Helfershelfern gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die letzten Jahre der schwarz-gelben Bundesregierung, aber auch der ehemaligen Landesregierung waren ja kaum durch Aktivitäten für einen Kampf gegen Steueroasen, Steuerschlupflöcher und Steuer-sünder gekennzeichnet. Der von Nordrhein-Westfalen initiierte Kauf von Steuer-CDs mit Daten über Steuerflüchtlinge wurde von den Finanzministern Schäuble und Möllring sogar noch kritisiert. Wer sich die gestrige Pressemeldung der FDP durchliest, stellt fest, dass da offensichtlich immer noch nichts gelernt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Grascha, ich frage Sie: Wen wollen Sie eigentlich schützen?

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Zum Abkommen mit der Schweiz, Frau Geuter!)



Bild: Thorben Wengert / pixelio.de

Ja, dazu komme ich doch noch. Warten Sie doch einfach mal ab.

(Christian Dürr [FDP]: Da sind wir gespannt!)

Wir müssen alle Daten, die den Fahndern aus den Leaks eines Gott sei Dank noch nicht ganz so perfekten Betrugssystems zur Verfügung gestellt werden, ausnutzen. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass sich die derzeitige Niedersächsische Landesregierung an dem Ankauf von Steuer-CDs beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz, das die Anonymität der Kapitaleinkünfte zum Standard erheben wollte, war nun wirklich nicht hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Die ganze Rede findet/finden ihr/Sie hier: http://www.renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/rede-steueroasen_17042013.pdf

Petitionswesen wird modernisiert

Hannover. SPD und Grüne haben im Landtag in Hannover eine Reform des Petitionswesens auf den Weg gebracht. Das Angebot des Landtages für Online-Petitionen wird ausgebaut, für öffentliche Petitionen soll es künftig ab einem Quorum von 5000 Unterschriften eine öffentliche Anhörung geben, es wird ein Kinderportal eingerichtet, welches Kindern und Jugendlichen in leicht verständlicher Sprache den Zugang zu ihrem Petitionsrecht ermöglichen soll. „Dies ist gut für die Demokratie, denn ein modernes Petitionswesen trägt zu mehr Bürgerbeteiligung bei“, begründen Petra Tiemann, petitionspolitischen Sprecherin der SPD, und Ottmar von Holtz, Sprecher der Grünen, ihren Vorstoß.

Petentinnen und Petenten sollen künftig ihre Anliegen auch mündlich im Petitionsausschuss vortragen können. Für Tiemann und von Holtz ist auch dies ein Baustein der neuen Landesregierung für das Ziel, mehr Teilhabe zu ermöglichen. „Mit den Reformen öffnen wir das Recht, Eingaben an den Landtag zu stellen, für Personen, denen dies aufgrund faktisch bestehender Hürden bisher nur schwer oder gar nicht zugänglich war“, so die beiden Landespolitiker.



<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/>